Leitartikel

MARTINA SALOMON

Ohne Landessprache kommt man nie an

Die Führerscheinprüfung auf Türkisch soll abgeschafft werden. Warum nicht?

Man könnte es als typisches Sommerthema ad acta legen: Verkehrsminister Hofer will die Führerscheinprüfung auf Türkisch abschaffen. Reiner Populismus? Jein. Tatsache ist, dass es zwar sehr viele überaus tüchtige und gebildete Austro-Türken gibt, die sich von Österreich zu nun darin unterscheiden, dass sie sich häufiger selbstständig machen. Tatsache ist aber auch, dass sich ein überdurchschnittlich hoher Teil schlecht integriert, wie viele Studien zeigen. Türkische Frauen müssen oft auch noch nach einem halben Leben in Österreich *Mann oder Kinder* als Dolmetscher zum Arzt oder zur Behörde mitnehmen. Man schaut türkischen Fernsehen, geht zum türkischen Greißler, heiratet untereinander, lernt nie Deutsch.

Wer in einem neuen Staat „ankommen" will, muss die Landessprache lernen. Versuchen Sie mal, für Kanada oder Australien ein Arbeitsvisum zu beantragen. Da werden perfekte Englischkenntnisse vorausgesetzt. Wer argumentiert, dass die österreichische Staatsbürgerin Ayna Netrebko auch noch immer nicht Deutsch kann, wählt den falschen Vergleich: Frauen spricht die gebürtige Russin Englisch – und das ist Weltsprache (in der man auch weiterhin den Führerschein machen kann). Zweitens ist es gut, wenn internationale Spitzenkräfte – auch Top-Forscher – zu uns kommen. Es kann nicht das Ziel sein, ein besonders attraktives Land für Unqualifizierte zu sein, die aus mangelnden Bildungswillen womöglich lebenslang Sozialhilfe beziehen.

Der lange Arm Erdoğans

Warum man auf die Türken derzeit besonders schaut? Wegen des beängstigend langen Arms der türkischen Politik nach Europa. So fordert Staatspräsident Erdoğan Muslimininnen in Europa auf, viele Kinder zu bekommen, damit Türken an Einfluss gewinnen. Er fördert den türkischen Nationalismus im Ausland. Was dazu führt, dass die in Österreich in Freiheit und Frieden lebenden Türken „daheim" einen Autokraten wählen, der Zehntausende (vermeintliche) Gegner und kritische Journalisten einsperren lässt. Vielleicht ist das auch eine Art Protest, weil man sich von der hiesigen Mehrheitsgesellschaft nicht genügend geschätzt fühlt.

Der Abschied des deutsch-türkischen Starfußballers Özil aus der deutschen Nationalmannschaft gibt dieser Debatte logischerweise neuen Auftrieb. Er hatte Erdoğan im Mai mit einem umstrittenen gemeinsamen Foto Wahlkampfhilfe geleistet. Erdoğan ist für viele Türken ein „Held" – und die neue Heimat kein Herzensanliegen. Man braucht nur mein österreichisches Stadion zu gehen, in dem Österreich gegen die Türkei (oder Serbien, Albanien etc.) spielt und das Publikum beobachten. Die oft seit Jahrzehnten hier lebenden Migranten jubeln nie mit der österreichischen Mannschaft. Wobei Özils „Abschiedsworte" dennoch zu denken geben: Er werde „anders" behandelt – bei einem Sieg sei er ein Deutscher, bei einer Niederlage ein Einwanderer. *So gesehen* haben auch die Einwanderungsländer Deutschland und Österreich noch nicht alle „Hausaufgaben" gemacht.

eMail an: martina.salomon@kurier.at
auf Facebook folgen: Martina Salomon

Rote Überholmanöver im blauen Revier

Flüchtlinge und Migranten. Mit seinem Sager zu 250.000 Illegalen hat Hans Niessl ein strategisches Dilemma der SPÖ aufgezeigt: Können oder sollen die Roten versuchen, die Regierung rechts zu überholen?

VON **CHRISTIAN BÖHMER**

Am Ende waren es vier Sätze, nicht mehr. Und glaubt man Menschen, die nahe dran sind an Hans Niessl, dann hat der burgenländische SPÖ-Landeshauptmann in der Regierungsklausur die Sätze nicht einmal mit besonderem Vorsatz zu Protokoll gegeben. „Ein weiteres Problem, über das gar nicht erst geredet wird, sind die vielen illegal aufhältigen Migranten in Österreich. Vorsichtige Schätzungen gehen davon aus, dass das rund 250.000 Menschen sind. Das ist eine Stadt wie *Linz. Kein guter* Zustand."

Eine Viertelmillion Illegale tummelt sich im Lande – und niemand tut etwas?

Ja, so konnte man die Aussage des burgenländischen Landeshauptmannes durchaus lesen.

Und, Überraschung!, Niessls politische Konkurrenz tat genau das mit Lei-denschaft.

> **„Ein weiteres Problem, über das gar nicht erst geredet wird, sind die vielen illegalen Migranten."**
>
> **Hans Niessl**
> Landeshauptmann

Die FPÖ geißelte die Feststellung als „substanzloses Populismus". Die ÖVP empfahl dem burgenländischen Landeshauptmann, seinen Job zu machen – und nicht SPÖ-Parteisekretär zu spielen. Und die Neos fragten spitz, ob die SPÖ neuerdings „beim nationalistischen Getue mitzündle, um die Rechtspopulisten rechts-außen zu überholen.

Das ist, wenn man so will, auch gleich der schwerste Vorwurf, der Christian Kern und der SPÖ – direkt oder versteckt – gemacht wurde: Sie versuche bloß mitzuschwimmen in dem, was man bei der Flüchtlings- und Asylpolitik für mehrheitsfähig oder populär halten könnte.

Aber will die SPÖ das tatsächlich?

Und vor allem: Kann und soll sie das?

Nein, antworten Julia Herr, die wortgewaltige Chefin der Sozialistischen Jugend fasst ihre Kritik in einem Satz zusammen: „Die SPÖ wird nie die bessere FPÖ werden."

Das weiß natürlich auch ein Hans Niessl, aber: Warum sagt er dann, was er sagt?

Stehen harte Punkte

Eine auf diese Frage Antworten gefunden werden könnten, lohnt sich ein Blick auf die Bundespartei.

Parteichef Christian Kern wollte sich am Montag im Detail nicht zu Niessls Flüchtlingswagenaußern, die Debatte drehi sich für ihn im Kreis.

Denn es ist mittlerweile ganz genau ein Jahr her, dass der damalige Bundeskanzler mit Hans Peter Doskozil einen Sieben-Punkte-Plan präsentierte, den im Wesentlichen durchaus restriktive Züge trug. Da wurde ein „effektiver Außengrenzschutz der EU" gefordert; da wurde verlangt, man müsse die „Schlepperpropaganda bekämpfen"; und last but not least schrieb man sich die „verstärkte Rückführung" von negativ beschiedenen Asylwerbern ins Programm.

„Brutal zusammengefasst heißt unsere Haltung bereits seit einem Jahr ‚Integration vor Zuwanderung', sagt ein Wiener SPÖ-Stratege. „Das Problem ist nur: Kaum jemand kennt diese Position oder den Sieben Punkte-Plan."

Das ist ein Teil der Wahrheit. Ein anderer ist dieser: Mit dem Integrations- und Flüchtlingsthema sind die Regierungsparteien aus Sicht der SPÖ nahezu unschlagbar.

„Es ist empirisch unstrittig, dass ÖVP und FPÖ bei den Themen Migration und Wirtschaft in Sachen Zustimmung nach wie vor deutlich über der 50 Prozent-Marke halten", sagt Politik Analyst und -Berater Thomas Hofer.

Die SPÖ müsse danach trachten, dass der Vorsprung bzw. Abstand zu ÖVP und FPÖ beim Sicherheitsthema nicht zu groß werde. „Aber die Regierung rechts zu überholen, das ist aus Sicht der SPÖ völlig sinnlos."

So gesehen, und damit ist man wieder bei Hans Niessl, ist es auch vergleichsweise

> **„Wenn wir uns als SPÖ über Flüchtlinge ärgern, dann über die Steuerflüchtlinge. Die kosten uns viel mehr."**
>
> **Julia Herr**
> Vorsitzende Sozialistische Jugend

gefährlich, wenn die SPÖ indirekt versucht, beim Thema zu punkten – etwa, indem man den Regierungsparteien vorhalt, sie würden bei der Flüchtlings- oder Asyldebatte inkompetent agieren.

„Selbst wenn man die Glaubwürdigkeit der Regierung beim Migrationsthema untergräbt ist das noch unmerklich Argument dafür, bei der nächsten Wahl die SPÖ zu wählen", sagt Analyst Hofer.

Was also tun?

Für Beobachter in der Wiener SPÖ und in der Parteijugend liegt die Lösung auf der Hand: „Wir sollten uns um Themen kümmern, die drängender und relevanter sind, wie etwa die Tatsache, dass Schwarzblau den Sozialstaat abbaut", sagt SJ-Chefin Herr. Die Kindesbetreuung werde zurückgefahren, es kämen der 12-Stunden-Tag und die Privatisierung der Spitäler. Und parallel dazu mache es die Regierung salonfähig, „dass man auf die Schwächsten hinunter-tritt. Das sind *Themen, die den* Alltag der Menschen betreffen und hier *die es die* SPÖ braucht."

Und die Flüchtlinge? „Wenn wir uns als SPÖ über Flüchtlinge ärgern, dann über die Steuerflüchtlinge – die kosten uns viel mehr. Da geht's um 70 Milliarden Euro, die in der Kasse liegen."

Schielt er nach rechts? Genosse Niessl stören die Illegalen. Die FPÖ kritisiert ihn als Populisten

Die Polizei hat heuer rund 11.000 illegale Migranten aufgegriffen

„Viertelmillion Illegale" bleiben Phantom

Migranten. Was an der von SPÖ-Landeschef Niessl genannten Zahl dran ist – ein KURIER-Faktencheck

Der burgenländische Landeshauptmann Hans Niessl spricht von 250.000 illegal Aufhältigen in Österreich – wie kommt er auf diese Zahl?

Im Blitz-Niessl beruft man sich auf den Migrationsbericht aus dem Jahr 2015 und auf „Quellen im Sicherheitsapparat". Das Innenministerium (BMI) weist das zurück: „Diese Zahl entbehrt jeder Grundlage." Auch bei der Diakonie und beim Roten Kreuz hält man sie für viel zu hoch, deren Schätzungen gehen in Richtung 100.000. Generell seien solche Angaben unseriös, heißt es schließlich sei es das Wesen Illegaler, dass sie nirgends aufscheinen.

Wer gilt als „illegal"?

Als größere Gruppe werden abgelehnte Asylwerber vermutet. Von 2016 bis Anfang Juli 2018 gab es 69.505 rechtskräftige Negativ-Bescheide und rund 30.174 Ausreisen (siehe Grafik) – was aber nicht heißt, dass die übrigen rund 40.000 noch im Land sind: Einige stellen mehrmals Asylanträge, sind selbstständig nach Hause oder in ein anderes Land gereist – oder eben untergetaucht.

Ein kleiner Teil lebt mit einer „Duldung" in Österreich, heuer wurden 115 bewilligt. Das gilt aber nur für jene, die nachweislich nicht in ihre Heimat zurückkönnen und mit den Behörden kooperieren. Dazu kommen Arbeitsmigranten, deren Bewilligung abgelaufen ist, und andere Fremde ohne Aufenthaltstitel.

Wie kommt die Polizei auf „Illegalen" auf die Spur?

Im Grenzbereich gibt es Schleierfahndungen, in den Städten Schwerpunktaktionen. Heuer wurden laut BMI bereits 11.000 „Illegale" aufgegriffen, davon 2700 in Wien. Illegaler Aufenthalt ist ein Verwaltungsdelikt – eine gesonderte Anzeigerstatistik gibt es nicht, heißt es im BMI.

Wie viele Asylwerber verlassen wie das Land?

2755 Abgelehnte sind heuer freiwillig wieder in ihre Heimat zurückgegangen und wurden vom BMI dabei unterstützt – um das zu beschleunigen, wurden Rückkehrzentren eingerichtet. Ausreisewillige können in Schubhaft kommen – aber nur, wenn es ein Abkommen mit ihrem Heimatland gibt: 2275 Menschen wurden im ersten Halbjahr abgeschoben, weitere 2493 wurden nach der Dublin-Verordnung zurückgeschickt.

Wie lebt es sich als „U-Boot" in Österreich?

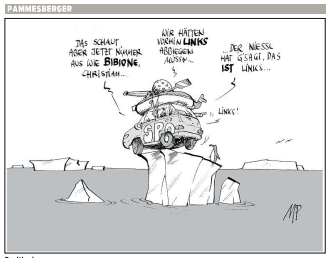
Schlecht, sagt Christoph Riedl von der Diakonie: „Für fast alles – Wohnung, Handy – braucht man Ausweis oder Meldezettel." Schwierig wird es für sie auch finanziell, ob wohl einzelne Länder abgelehnten Asylwerbern weiter Grundversorgung auszahlen. 2017 waren das rund 3300 Personen, ein Drittel davon in Wien. **– K, LINDORFER**

ASYL- UND MIGRANTENZAHLEN AUF EINEN BLICK

Asylanträge seit 2015	162.010
Positive Entscheidungen seit 2016	66.773
Negative Entscheidungen seit 2016	69.505
Ausreisen seit 2016 (Abschiebungen und freiwillige)	30.174
davon heuer im 1. Halbjahr	7523
Offene Verfahren	rund 26.000
Aufgriffe illegaler Migranten im 1. Halbjahr 2018	rund 11.000
davon in Wien	2700

KURIER Grafik: CH — Quelle: BMI

PAMMESBERGER



Positionierung

ÜBERBLICK — WEITERE MELDUNGEN

Doch keine Rückkehr von SPÖ-Sektionschef

Sozialministerium. Der pensionierte Sektionschef Walter Pöltner (SPÖ) hat am Montag seine angebliche Rückkehr ins Sozialministerium dementiert. Sonntag wurde berichtet, dass er die „juristische Leitung" im Kabinett von Ministerin Beate Hartinger-Klein (FPÖ) übernehmen solle. „Das sind absolute Fake News, bei mir hat nie wer nachgefragt", sagte Pöltner zur *Presse*. Es stimme jedoch, dass er Hartinger-Klein schon lange keine und ihr freundschaftlich verbunden sei. Er würde ihr bei Fragen „freundschaftlich" Auskunft geben, Geld bekomme er dafür keines.

„Kongoaffen"-Sager: FPÖ-Politiker tritt ab

Salzburg. Andreas Giezinger, der stellvertretende Ortsparteichef der FPÖ in Bruck an der Glocknerstraße (Pinzgau), ist am Montag nach einem rassistischen Facebook-Posting zurückgetreten. Darin hatte er das französische Fußball-Nationalteam als „Kongoaffen" bezeichnet. Es ist nicht das erste Mal, dass Giezinger mit seinem Posting-Verhalten auffällt. Im April tat er auf Facebook seinen Ärger über die Europäische Union kund und drohte Andersdenkenden, die ihn belehren wollten, „die Fresse zu polieren", wurde deswegen aber nur zurechtgewiesen.

Oppositionskritik an FPÖ und Steve Bannon

EU-Wahl 2019. Die SPÖ-Delegationsleiterin im EU-Parlament, Evelyn Regner, hat die FPÖ für ihre rechten Allianzen in Europa kritisiert. Anlass dafür war die von Ex-Trump-Berater Steve Bannon geplante „rechtspopulistische Revolte" bei der EU-Wahl 2019. Der grüne EU-Parlamentarier Michael Reimon reagierte kämpferisch auf Bannons Aussage und nannte ihn einen „Wahnsinnigen", der perfekt zu Trump, dem italienischen Innenminister Matteo Salvini und der FPÖ passe. FPÖ-Delegationsleiter Harald Vilimsky zeigte sich Bannons Plänen gegenüber noch zurückhaltend.

KOMPETENZ-STREIT BUND VS. LÄNDER

Moser braucht die SPÖ für seine Verwaltungsreform

Hohe Hürde. VP-Minister starrter mit schlechten Karten eine neue Runde für den Republik-Umbau – ohne Aussicht auf Mehrheit

Am Wochenende wurde ein innenpolitischer Dauerbrenner wieder einmal angeheizt, und zwar von Justizminister **Josef Moser**: Dieser verkündete gleich in mehreren groß angelegten Auftritten, dass er im Herbst einen neuen Anlauf für seine große Bund-Länder-Verwaltungsreform unternehmen werde. Unter dem Codewort „Kompetenzbereinigung" geht es Moser dabei kurz zusammengefasst darum, Zuständigkeiten von den Ländern zum Bund zu holen. Denn für Bereiche wie Mindestsicherung, Gesundheit und Elektrizitätswesen sind Bund und Länder gemeinsam zuständig – derzeit erlässt der Bund sogenannte Rahmengesetze, die Länder regeln Details in Landesgesetzen. Das will Moser ändern: „Weg von zehn Gesetzen in Richtung ein Gesetz."

Allein, das Vorhaben steht unter keinem guten Stern. Einer der Gründe dafür ist die schlechte Beziehung Mosers zu einigen Länderchefs. Diese fühlen sich, wie mehrere Ländervertreter erklären, einmal mehr übergangen. Kärntens Landeshauptmann **Peter Kaiser** etwa ätzte, dass „die Regierung wohl Verhandlungstische fürchtet." Schließlich existiere eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe, in der man derlei besprechen sollte (allerdings gab es seit Wochen keine Politiker-Verhandlungsrunde).

Selbst die ÖVP-Landeshauptfrau **Johanna Mikl-Leitner** hat Moser via Medien, die Verhandlungen nicht über die Medien zu führen. Die Abstimmung zwischen Türkis-Blau und den Ländern ist nach wie vor ausgeschlagen.

Damit nicht genug, steht Mosers Reform eine noch größere Hürde im Weg: die SPÖ nämlich. Um das betreffende Verfassungsgesetz zu ändern, braucht Türkis-Blau nicht nur im Nationalrat, sondern auch im Bundesrat eine Zweidrittelmehrheit. „Wenn Länderinteressen eingeschränkt werden, bedarf es auch im Bundesrat einer Zweidrittelmehrheit", sagt Spitzenjurist **Werner Zögernitz** zum KURIER.

„Und das ist bei diesem Vorhaben ohne Zweifel der Fall."

Die Neos können zwar im Nationalrat die Mehrheit sichern, nicht aber in der Länderkammer – mit 21 Bundesratsmitgliedern hält die SPÖ dort die Sperrminorität von einem Drittel. Und wer sich in der SPÖ umhört, stößt auf null Bereitschaft, gemeinsam mit Türkis-Blau eine Moser-Reform auf Schiene zu bringen. Selbst in der ÖVP wird aufgrund der schlechten Stimmung zwischen Regierungsparteien und Opposition hinter vorgehaltener Hand am Beschluss des Vorhabens gezweifelt.

Auf Zeit kann Moser, der bereits vor Monaten seinen Verbleib im Ministeramt an eine Reformerfolge geknüpft hatte, nicht spielen: An den Mehrheitsverhältnissen im Bundesrat wird sich schließlich frühestens in knapp zwei Jahren etwas ändern. Denn bei der einzigen (planmäßigen) Landtagswahl im kommenden Jahr, jener in Vorarlberg, können die Roten keinen Bundesratssitz verlieren – sie haben nämlich gar keinen. Somit ist eine Änderung der Mehrheit in der Länderkammer erst nach den Landtagswahlen in Wien, dem Burgenland und der Steiermark möglich – und die stehen erst 2020 an.

– KLAUS KNITTELFELDER

Moser kündigte einmal mehr eine Kompetenzbereinigung an

Persönliches Exemplar für AOM-Benutzer pavopneusserer - (C) APA-DeFacto GmbH. Alle Rechte vorbehalten.